

ÖFFENTLICH IST WESENTLICH

Für eine soziale Gesellschaft und gute Arbeit



Bund und Länder Gemeinden Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft





















W-2694-09-09

04 Eine Lobby für den Staat

ver.di macht aktiven Sozialstaat zum Arbeitsschwerpunkt: Daseinsvorsorge und öffentliche Dienste sind mehr wert und schaffen Mehrwert

07 Sozialökologisch umsteuern – solidarisch finanzieren

Vorschläge der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für ein drittes Konjunkturpaket

08 "Da machen wir es lieber selber"

Bürgerinnen und Bürger sind von Privatisierung enttäuscht – Politik muss Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen

10 Staatliche Hilfe als Antibiotika für eine fiebernde Wirtschaft

Wirtschaftsweiser und BDI-Vertreter diskutieren über Mindestlohn, Opel und Daseinsvorsorge

12 Neue Balance von Staat und Markt

von Peter Bofinger

14 Für einen aktiven Sozialstaat

16 Schlicht unterfinanziert

Ausgliederungen kommen die Kommune teuer

17 "Es ging immer um Personalabbau"

Hauptpersonalrat fordert Erweiterung der Mitbestimmungsrechte

18 Immer wieder für den öffentlichen Dienst werben

20 Put People First – der Mensch muss an erster Stelle stehen

Britische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes macht gegen Privatisierung mobil

21 In Norwegen machen Modellregionen Schule

Gewerkschaft entwickelt Alternativen zur Privatisierung – Wohlfahrt ist Frage der Verteilung

22 Defensive war gestern

Organisationsforscher Dörre: Viele Probleme sind hausgemacht – Gewerkschaften müssen wieder konfliktfreudiger werden

Herausgeber:

 $ver.di-Vereinte\ Dienstleistungsgewerkschaft,\ Bundesverwaltung\cdot Paula-Thiede-Ufer\ 10\cdot 10179\ Berlin$ $Verantwortlich:\ Achim\ Meerkamp,\ Mitglied\ des\ Bundesvorstandes\cdot Redaktion:\ Jana\ Bender,\ Renate\ Sternatz$

Fotos: Jana Bender, Renate Stiebitz, Karikatur: Reinhard Alff

Druck: alpha print medien AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt, 2009



Achim Meerkamp

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

"Privat vor Staat" – hinter diesem Motto verbarg sich ein Angriff konservativer Politik und interessierter Wirtschaftskreise auf staatliche Institutionen, wie wir ihn zuvor nicht kannten. Staatliche Einrichtungen wurden verschleudert, Stück für Stück wurde die öffentliche Daseinsvorsorge demontiert – und diese Politik des staatlichen Rückzugs wurde auch noch als zukunftsweisend gefeiert. Die Resultate dieses "Jahrzehnts der Privatisierung" springen uns tagein, tagaus in die Augen: Schlaglöcher in den Straßen, sanierungsreife Schulen, geschlossene Bäder.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben erlebt, wie ganze Bereiche ausgegliedert wurden. Durch einen massiven Stellenabbau wurden die Arbeitsbedingungen auf ihre Kosten verschlechtert und gute Geschäfte mit privatisierten Betrieben gemacht. Mit dem Privatisierungsboom waren Tarifflucht sowie der Ausbau von Niedriglöhnen und Leiharbeit verbunden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt deutlich: Der Ausverkauf staatlicher und kommunaler Einrichtungen ist keine Lösung, sondern das Problem. Nun soll der Staat einspringen. Das aber kann nur heißen: Es ist Zeit für eine Wende. Es muss Schluss damit sein, dass Gewinne privatisiert, Risiken und Verluste aber sozialisiert werden. Öffentliche Aufgaben müssen wieder in öffentliche Obhut, der öffentliche Bereich muss gestärkt und ausgebaut werden.

ver.dis Botschaft lautet: Gute und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sichern Lebensqualität und ermöglichen Chancengleichheit, Bildung, Mobilität, kulturelle und persönliche Entwicklung. Deshalb ist öffentlich wesentlich. Diese Botschaft müssen wir in die Gesellschaft tragen, stetig und konsequent – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und im Interesse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die Konferenz "ÖFFENT-LICH IST WESENTLICH" war der Anfang, der Startschuss. Dabei darf es nicht bleiben. Damit unser Ziel eines aktiven Sozialstaates und hochwertige, öffentliche Dienstleistungen wieder Wirklichkeit wird, müssen wir diese Botschaft vor Ort mit Leben füllen. Deshalb haben wir "ÖFFENTLICH IST WESENTLICH" zum Arbeitsschwerpunkt der ver.di Fachbereiche Bund/Länder und Gemeinden gemacht. Dieser Schwerpunkt ist das Leitmotiv für die tägliche Arbeit in den Gebietskörperschaften. Privatisierungen sind nicht alternativlos.

Damit der öffentliche Dienst und der Sozialstaat wieder den notwendigen Stellenwert bekommen, muss "ÖFFENTLICH IST WESENTLICH" vor Ort mit der Politik, mit Verbänden und Organisationen sowie den Betriebsund Personalräten, den Vertrauensleuten und Beschäftigten diskutiert werden. Dazu gehört: örtliche Privatisierungsfolgen sichtbar und öffentlich zu machen. Zahlreichen Initiativen ist es gelungen, Privatisierungen und Public-Private-Partnership (PPP/ÖPP) zu verhindern. Diese Erfolge können für die örtliche Diskussion und in Vorbereitung eigener Planung von Aktivitäten genutzt werden. Pressearbeit, Podiumsdiskussionen, politische Foren und Bürgerbegehren haben sich als Instrumente für einen Diskurs und die politische Auseinandersetzung bewährt.

Achim Meerkamp,

Leiter der Bundesfachbereiche Bund/Länder und Gemeinden

Eine Lobby für den Staat

ver.di macht aktiven Sozialstaat zum Arbeitsschwerpunkt: Daseinsvorsorge und öffentliche Dienste sind mehr wert und schaffen Mehrwert

"Mehr Staat!", lautet für ver.di die Konseguenz aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. Auf der Konferenz im März 2009 in Potsdam, zu der über 220 Wissenschaftler und Praktiker aus den Kommunen, den Ländern und dem Bund gekommen waren, startete ver.di den Arbeitsschwerpunkt "ÖFFENT-LICH IST WESENTLICH - Für eine soziale Gesellschaft und gute Arbeit". Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Beschäftigten will ver.di sich dafür stark machen, dass dem Staat wieder die Stellung zukommt, die ihm als einem aktiven Sozialstaat gebührt. Damit die Angebote des Staates von allen Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können und damit sich die Arbeitsbedingungen in den Betrieben und Verwaltungen nicht weiter verschlechtern.

Die schwäbische Kommune Gerlingen im Stuttgarter Speckgürtel hat die Straßenreinigung zurück unter das kommunale Dach geholt. Weil es oft Beschwerden gab, weil die Kontrolle der Privaten einen hohen Aufwand nach sich zog und vor allem: Weil es sich rechnet. Auch Banknoten, Reisepässe und Personalausweise werden künftig wieder vom Staat gedruckt. Acht Jahre nach der Privatisierung der Bundesdruckerei geht sie nun wieder in die Hand des Bundes über. Weil die Privatisierung längst als gescheitert gilt. Während vielerorts nach wie

Immer weniger Personal

Der öffentliche Dienst in Deutschland ist im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittlich groß. Die Anzahl der öffentlich Beschäftigten im Verhältnis zur Bevölkerung liegt 2009 unter dem Niveau von 1970. Hinzu kommt: Die Verwaltung macht bei den Ländern nur rund 20 Prozent des gesamten Personalbestands aus. In allen Verwaltungen – vor allem aber bei den Kommunen – wurde in den vergangenen Jahren Personal abgebaut. Beispiel Sachsen-Anhalt: Seit 1991 wurde hier die Zahl der Landesbediensteten um rund 40 Prozent verkleinert. Waren 1991 noch knapp 105 000 Bedienstete für das Land tätig, so waren es 2007 nur noch etwa 63 000.

vor über Privatisierungen gegrübelt wird, reiht sich damit Gerlingen und die Bundesdruckerei in die inzwischen beachtlich lange Liste derer ein, die das Rad zurückdrehen. Ob Reinigung, Müllabfuhr, Grünpflege – schon nach wenigen Jahren wurde vielerorts deutlich, was die Beschäftigten und ver.di schon bei der Privatisierung nicht müde wurden, hervorzuheben: Die Privaten sind weder besser noch billiger als die öffentliche Hand. Mehr noch: Daseinsvorsorge und die öffentlichen Dienste müssen in der Hand des Staates bleiben. Oder anders ausgedrückt:

"ÖFFENTLICH IST WESENTLICH." Die öffentliche Dienstleistung, den aktiven Sozialstaat hat ver.di nun zu seinem Arbeitsschwerpunkt für die kommenden Jahre gemacht. Die Tagung in Potsdam, die von den beiden Bundesfachbereichen Bund/-Länder und Gemeinden getragen wurde, war der Auftakt dazu. ver.di hat dabei die Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschäftigten im Blick. Denn die Bevölkerung ist letztendlich Zahlmeister - für riskante Geschäfte der Verwaltungen. Und sie bekommt es zu spüren, wenn die Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen so abgespeckt werden, dass sie kaum noch vorhanden

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes machen sich für einen aktiven Sozialstaat stark.





sind. Wenn öffentlich nicht wesentlich ist, dann bezahlen die Beschäftigten doppelt: Einerseits weil sich ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern. Andererseits, weil Beschäftigten der Kommunen, der Länder und des Bundes immer auch Bürgerinnen und Bürger sind. Für den Wirtschaftsweisen Professor Peter Bofinger war das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends "das Jahrzehnt der Entstaatlichung". Die Politik reduzierte die Staatseinnahmen und kürzte als Folge dessen die Ausgaben. Angesichts der Globalisierung wurden der Markt und die Privatisierung hoch gehalten und das Bild eines bürokratischen, unflexiblen und teuren öffentlichen Dienstes gezeichnet. Doch "Globalisierung ist kein Grund für einen mageren Staat", stellt Bofinger klar. Die Nationalstaaten behalten ihre Gestaltungskompetenzen, die skandinavischen Staaten machen das eindrücklich vor. Kein Politiker kann sich somit hinter der Globalisierung verschanzen, wenn er eigentlich schlicht den Abbau der Daseinsvorsorge im Visier hat.

Bürger wehren sich gegen Ausverkauf

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger klatschen hier Beifall. Schon vor der Finanz- und Wirtschaftskrise war vielen von ihnen der Ausverkauf des öffentlichen Tafelsilbers nicht geheuer. So machten die Freiburger erfolgreich gegen den Verkauf kommunaler Wohnungen mobil, die Leipziger gegen das Verschleudern der Stadtwerke. Zudem verschwinden Privatisierungspläne in vielen Kommunen wieder in den Schubladen, weil Personalräte sowie Bürgerinnen und Bürger inzwischen hochsensibel auf solche Pläne reagieren und deutlich "nein" zu diesen Plänen sagen. Das gleiche gilt für PPP/ÖPP-Projekte (öffentlich-private Partnerschaften). Nicht nur der Bevölkerung drängt sich dabei der Eindruck auf, die Privaten ziehen bei PPP die Öffentlichen über den Tisch. Auch Experten sprechen inzwischen davon, dass PPP-Projekte viel mit privat und öffentlich zu tun haben, aber wenig mit Partnerschaft. Das Desaster mit Cross-Border-Leasing gibt ihnen Recht: Die Geschäfte waren windig, die Bürgerinnen und Bürger zahlen die Zeche in Form von höheren Wassergebühren wie in Baden-Württemberg.

Der Unmut in der Bevölkerung wächst. Auch weil die Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren erlebt haben, dass die Privaten ihre Versprechungen nicht halten konnten, weiß Manfred Güllner, Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Denn die Leistungen sind in der Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger nicht besser geworden, manchmal gleich geblieben und teilweise wurden sie sogar deutlich schlechter – ergaben



Frank Bsirske

Markt muss unter öffentliche Kontrolle

Dass öffentlich wesentlich ist, das steht für die Gewerkschaft ver.di außer Frage. Mehr noch: ver.di macht sich für einen aktiven Sozialstaat stark. Deshalb sollen Daseinsvorsorge, öffentliche Dienstleistungen und die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen auf den Ämtern, in den Betrieben und Einrichtungen sowie auf den Landes- und Bundesverwaltungen im Zentrum der Ge-

werkschaftsarbeit stehen, kündigte Achim Meerkamp, Leiter der ver.di-Fachbereiche Bund/Länder und Gemeinden an. Bei der dreitägigen Konferenz in Potsdam waren sich Praktiker und Wissenschaftler einig: Gebraucht wird ein Paradigmenwechsel. Stand in den vergangenen Jahren der Staat unter Aufsicht des Marktes, so muss künftig der Markt unter der Aufsicht des Staates stehen. ver.di dringt aber nicht auf eine Umkehr in der nationalen Politik. "Wir brauchen ein soziales Europa", sagte ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Ein Europa, in dem Arbeit nicht arm macht. Mit verschiedenen Aktionen will ver.di künftig ihre Positionen vor Ort verdeutlichen: "Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mit

ins Boot holen", betonten die Gewerkschafter. Denn wer auf Kosten der Daseinsvorsorge spart, der hält auch die Lebensqualität knapp, die durch gute öffentliche Angebote wie Bibliotheken, Schwimmbäder und Parks erst entsteht. Auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger will sich ver.di noch stärker für den Erhalt öffentlicher Einrichtungen stark machen und dafür kämpfen, dass in den Gemeinden, in den Städten wieder investiert wird. Auf die Rolle des öffentlichen Dienstes als Garant für den sozialen Frieden zielten sowohl ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske als auch Meerkamp ab. Ob Bildung oder Verwaltung, ob Müllabfuhr oder öffentliches Grün, ob Straßenbau oder Universität – hochwertige öffentliche Dienstleistungen sichern allen Einwohnerinnen und Einwohnern ein würdiges Leben, ermöglichen Chancengleichheit. "Der Sozialstaat, so wie wir ihn verstehen, ist kein Feind der Freiheit, sondern er ermöglicht Freiheit und soziale Gerechtigkeit", sagte Meerkamp unter starkem Beifall der Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Dass "ÖFFENTLICH IST WESENTLICH" auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Blick nehmen muss, ist klar. Denn der öffentliche Dienst war in den vergangenen Jahren nicht nur durch Privatisierungen geprägt, sondern auch durch einen immensen Arbeitsplatzabbau.

Forsa-Umfragen. Dass die Leistungen bisweilen gar teurer wurden, wenn sie statt vom Staat von Privaten übernommen wurden, vergrößerte die Skepsis. Kein Wunder, dass der Anteil der Privatisierungsbefürworter in den vergangenen Jahren deutlich sank, der Anteil derer, die dafür plädieren, die Aufgaben wieder zurückzuholen, entsprechend stieg. Gleichzeitig zeigen die Umfragen aber auch: Die staatliche Bürokratie hat kein gutes Image. "Wenn dieses Image besser wäre, wäre die Akzeptanz der Privaten noch geringer", ist Güllner überzeugt. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) kennt sie zur Genüge, die Vorurteile gegenüber dem Staat als Erbringer von Leistungen – ebenso wie das Klischee des überbürokratisierten Staates. Und er wird nicht müde, das Klischee als Klischee zu entlarven. Nein, sagt er. Der deutsche Staat hat nicht zu viel, sondern – verglichen mit anderen Staaten – eher zu wenig Personal. Und: Wird das Personal tatsächlich weiter reduziert, wird der umfangreiche Aufgabenkatalog der staatlichen Verwaltung nicht mehr angemessen bearbeitet werden können.

Nicht zu viel Personal

Privatisierung und Personalabbau sind zwei Strategien von Bund, Länder und Kommunen, auf ihre chronische Unterfinanzierung zu reagieren, riskante Geschäfte die andere. Cross-Border-Leasing schien vor einigen Jahren noch vielen Städten die Lösung schlechthin, inzwischen wissen sie es besser. Hätten sie doch die Kritiker dieser Geschäfte – übrigens viele Kritiker waren Bürgerinnen und Bürger der Kommunen – nicht so abgetan, sie befänden sich jetzt nicht in einem finanziellen Desaster. Auch Professor Hans-Günter Henneke, Präsidialmitglied

Im Plenum und in Arbeitsgruppen: ver.di-Konferenz diskutiert über die Rolle des öffentlichen Dienstes.



beim Deutschen Landkreistag, reiht sich in die Riege der Skeptiker ein: Er habe Cross-Border-Leasing-Geschäfte immer abgelehnt, sagt er. Weil eben niemand seriös einen Zeitraum von 20 oder 30 Jahren überschauen könnte. Hätten die Kommunen, die nun lieber gestern als heute aus den Verträgen ausgestiegen wären, nur auf die Kritiker dieser Geschäfte gehört. Dann würde es heute nicht so teuer für die Bürgerinnen und Bürger. Haben sie aber nicht.

Und was die Ausgliederungen betrifft: Für Henneke ist deren Höhepunkt überschritten. Die Kommunen hätten erkannt, dass nur klare Strukturen durch die Krise führen, nicht aber Konstrukte mit "viel Verschachtelung". Diese Atomisierung von Strukturen hatte dazu geführt, dass politischer Einfluss und Kontrolle zurückgedrängt wurden.

Lobby für den Staat

Dem Wirtschaftsweisen Professor Peter Bofinger ist das zu wenig. Er pocht auf das Ende der Entstaatlichung, die seit Beginn des neuen Jahrtausends das politische Leben bestimmte. Mit Verweis auf die angeblichen Notwendigkeiten der Globalisierung sanken gerade in Deutschland die Reallöhne, "damit wir fit sind für den Export". Derweil stagniere die Binnennachfrage weiter: "Wir konsumieren nicht mehr als vor zehn Jahren." Zugleich wurden dem Staat finanzielle Ressourcen entzogen. Doch Analysen aus den vergangenen Jahren zeigten: "Globalisierung ist keine Rechtfertigung für den mageren Staat." Auch wenn mantrahaft immer wieder auf die Globalisierung verwiesen werde, "viele Behauptungen treffen einfach nicht zu".

Bofinger pocht auf eine neue Balance von Staat und Markt. Vor allem, damit das Vertrauen der Menschen in die soziale Marktwirtschaft nicht weiter schwindet. Er dringt auf mehr Staat, auf eine Lobby für den Staat. "Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Der Staat darf nicht länger unter Aufsicht des Marktes stehen, sondern der Markt muss unter die Aufsicht des Staates." ver.di sieht das genauso. Der Privatisierungswahn muss der Vergangenheit angehören, windige Geschäfte der öffentlichen Hand sowieso. Mehr noch: ver.di will, dass die Bereiche zurückgeholt werden, die in den vergangenen Jahren an Private vergeben wurden. Der Privatisierungswelle setzt Achim Meerkamp, der Leiter der Bundesfachbereiche Bund/Länder und Gemeinden, den aktiven Sozialstatt entgegen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, in der so mancher Verfechter neoliberalen Gedankengutes wie Banker, Börsianer, Anleger auf den Staat setzten, haben gezeigt: "Die neoliberalen Dogmen sind gescheitert. Deshalb ist jetzt die Zeit gekommen, in der öffentlich wieder wesentlich ist."

Sozialökologisch umsteuern – solidarisch finanzieren

Vorschläge der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für ein drittes Konjunkturpaket

Angesichts der Tiefe der Wirtschaftskrise sind die Konjunkturprogramme I und II der Bundesregierung nicht ausreichend. Die Gewerkschaft ver.di fordert daher ein drittes Konjunkturprogramm im Umfang von 100 Milliarden Euro jährlich zunächst bis 2011: 75 Milliarden für öffentliche Investitionen in Sachausgaben und Personal, 25 Milliarden für ein arbeitsmarktpolitisches Sofortprogramm. Danach sollen jährlich 50 Milliarden Euro dauerhaft für Arbeit, Bildung und Umwelt investiert werden. Damit können zwei Millionen tarifgebundene Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Um wirksam gegenzusteuern und die Krise dauerhaft zu überwinden, werden vor allem öffentliche Investitionen in die Menschen und unsere Umwelt gebraucht, verbunden mit einer Ausweitung der öffentlichen Auftragsvergabe. Damit werden Werte geschaffen und öffentlicher Besitz erhalten, sodass diese Ausgaben nicht als reine Schulden zu verbuchen sind.

ver.di fordert öffentliche Investitionen in Höhe von 75 Milliarden Euro:

- ▶ in die Bildung, in Kindertagesstätten, Ganztagsschulen und Hochschulen, und zwar in Gebäude, Sachkosten und Personal in Höhe von 30 Milliarden Euro;
- ▶ in die Ver- und Entsorgung und eine Erweiterung und Fortführung der energetischen Gebäudesanierung in Höhe von 20 Milliarden Euro;
- ▶ in die ökologische Modernisierung der Verkehrs in Höhe von 5 Milliarden Euro;
- in die Modernisierung und Sanierung von Krankenhäusern und in die Altenpflege in Höhe von 15 Milliarden Euro;

ver.di fordert ein arbeitsmarktpolitisches Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro für die:



- die Anhebung des Regelsatzes der Grundsicherung nach den SGB II und XII auf 435 Euro sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro, der schnell auf 9 Euro steigt.

ver.di die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Anhebung des Körperschaftssteuersatzes und die Wiedereinführung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, eine Finanztransaktionssteuer, eine Reform der Erbschaftssteuer und eine Verbesserung des Steuervollzugs vor. Zudem soll der Selbstfinanzierungseffekt dafür ge-

nutzt werden.

Zur Finanzierung des Konjunkturpaketes III schlägt

ver.di fordert zusätzlich einen mit 100 Milliarden Euro ausgestatteten **staatlichen Beteiligungsfonds**, mit dem strukturell wichtige Unternehmen in Industrie und Dienstleistungen, die durch die Finanzmarktkrise in Insolvenzgefahr geraten, für eine Übergangszeit stabilisiert werden können. Er soll durch eine Zukunftsanleihe von 2 Prozent auf alle privaten Geld- und Immobilienvermögen bei einem Freibetrag von 750 000 Euro finanziert werden.

"Da machen wir es lieber selber"

Bürgerinnen und Bürger sind von Privatisierung enttäuscht – Politik muss Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen

Die Lage gibt Grund zur Sorge: Ob Kommune, Land oder Bund – die öffentlichen Haushalte sind klamm. Was sind öffentliche Dienstleistungen und wie werden sie bezahlt? Welche Lehren werden aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre gezogen? Das waren die Fragen der Podiumsdiskussion, die von ARD-Moderatorin Sonia Mikich geleitet wurde.

Für Forsa-Chef Manfred Güllner sind die Daten eindeutig: Die Bürgerinnen und Bürger wollen von Privatisierungen öffentlicher Aufgaben oder dem Verkauf staatlichen Tafelsilbers nichts mehr wissen. "Das Bewusstsein ist da", weiß der Meinungsforscher. Und er prophezeit: "Da wird es auch keine Rolle rückwärts geben. Denn erste Anzeichen dafür, dass die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Privatisierungen kippt, waren schon vor der Finanzkrise zu erkennen. Allerdings: "Die öffentliche Hand muss effizient arbeiten."

Auch für den Vertreter des Landkreistages, Hans-Günter Henneke, ist die Zeit vorbei, in der die öffentliche Hand als uneffektiv, bürokratisch und teuer diskreditiert wurde. Für ihn stellt sich die Frage aber sowieso anders: Was kann die öffentliche Hand angesichts des demografischen Wandels und angesichts der Verschuldung der öffentlichen Kassen künftig noch leisten? Und er gibt auch die Antwort: Entweder werden die Steuern erhöht oder aber die öffentlichen Leistungen werden Stück für



Stück an die Finanzsituation angepasst – also zusammengestrichen. Er plädiert dafür, dass der Staat sich auf das Wesentliche konzentriert. Die Frage müsse lauten: Was kriegen wir mit welchen Mitteln finanziert? Welche Leistungen sollen gestrichen werden?

"Die Daseinsvorsorge ist ein weiter Begriff", betont auch der Leiter der Bundesfachbereiche Bund/Länder und Gemeinden, Achim Meerkamp. Für ihn reicht sie von der Kultur über die Bildung zur Erziehung, Bürgerdienste bis hin zum Verkehr, zur Energieversorgung und dem Ge-

Cross-Border-Leasing

Cross-Border-Leasing ist eine Variante des Finanzierungsleasings, bei dem Schlupflöcher des amerikanischen Steuersystems genutzt wurden. Das Konstrukt: Teile der kommunalen Infrastruktur wurden für einen langen Zeitraum (45 bis 99 Jahre) an einen US-amerikanischen Investor vermietet oder verkauft. Zugleich mietet die Kommune den Vermögensgegenstand in einem Untermietvertrag für eine kürzere Zeitspanne (in der Regel 20 bis 35 Jahre) zurück. 2004 schloss die US-Regierung dieses Steuerschlupfloch. Zu Beginn des Jahrtausends war Cross-Border-Leasing für die Kommunen in Deutschland so etwas wie ein Zauberwort: Auf Kosten

der amerikanischen Steuerzahler verhießen derartige Geschäfte einen schnellen Euro für die klammen Kassen der Stadtkämmerer. U-Bahnen, Kanalnetze, Wasserleitungen und sonstige Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge wurden an amerikanische Investoren verkauft und zurückgeleast. Doch in der Finanzmarktkrise rächt sich die damalige Euphorie.

Die Verträge umfassen in aller Regel mehrere Aktenordner, sind höchst kompliziert und enthalten zahlreiche Fallstricke. Hinzu kommt: Meist sind sie in Englisch abgefasst. Als Folge dieser Verträge sowie der Versicherungsrisiken durch die Finanzmarktkrise müssen nun die Kommunen oder die von ihnen getragenen Verbandsgesellschaften vielfach hohe Beträge nachschießen. Diese machen den anfänglichen finanziellen Vorteil meist wieder wett oder übertreffen ihn gar.

Dokumentation





Lohnschraube gedreht wird. Dass dies einige Private seit Jahren tun, ist bekannt; dass inzwischen in so vielen Branchen über Mindestlöhne diskutiert wird, ist die Folge der Privatisierungseuphorie. Denn sie wurde auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen – ob in der Abfallwirtschaft, in der Pflege oder auf dem Bau. Die Politik schreibt das Drehbuch über die Daseinsvorsorge, räumt Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) ein. Und damit trägt sie auch die Verantwortung für all die Fehler, die in diesem Drehbuch stecken. Und auch er verweist in die Zukunft, vor allem auf die finanzielle Lage. Dabei räumt er ein: "Es wird nicht gehen, ohne an der Steuerschraube zu drehen." Die Politik muss sich positionieren, ist Meerkamp überzeugt. Nur dann haben die Bürger eine Chance, sich zu wehren. Er fordert eine ehrliche Debatte, wie Deutschland künftig aussehen soll – 16 Bundesländer 12 000 Gemeinden? Dass der Schuldenberg, den die Politik derzeit in ihrem Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise auftürmt, nur mit höheren Steuern abgetragen werden kann, steht für Meerkamp außer Frage. Er hat

auch nichts dagegen – vorausgesetzt, es werden die zur

Kasse gebeten, die an dem Hype der vergangenen Jahre

verdient haben: Erbschaftssteuer, Reichensteuer, Vermö-

sundheitswesen – als Basis der Daseinsvorsorge. Billig ist

dies alles nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn an der

genssteuer und natürlich höhere Unternehmenssteuern fallen Meerkamp ein, wenn es darum geht, die Löcher in den öffentlichen Kassen zu stopfen.

Und wie sieht die Zukunft von PPP, den so genannten öffentlich-privaten Partnerschaften aus? Schlecht, sind sich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion einig, weil sich Bund, Länder und Kommunen bei PPP auf einen viel zu langen Zeitraum festlegen müssen, einen Zeitraum, der nicht zu überschauen ist; weil PPP ein Projekt oder eine Leistung verteuert. "Aus der Not heraus wird umgedacht", fasst Hövelmann die Situation zusammen. Denn die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Qualität der PPP-Dienstleistungen ist oft groß. "Da machen wir es lieber selber."

Dennoch sieht Hövelmann keinen Trend zur Rekommunalisierung. Nach wie vor suchen Kommunen wie Länder nach Wegen, Leistungen am Markt billig einzukaufen und hoffen, sich damit keine Folgeprobleme einzuhandeln. Dass sie das meist doch tun, wird zu oft einfach bei Seite geschoben. Denn die Privaten können oft nur deshalb billig sein, weil sie die Löhne drücken. Oftmals so weit, dass die Beschäftigten unter die Hartz

IV-Grenze fallen. Und wie antworten die Bürgerinnen und Bürger auf die Situation? Sie haben kein Vertrauen mehr, lautet das Fazit des Meinungsforschers Güllner. Sie haben erfahren, dass die Privaten die öffentlichen Leistungen eben nicht besser und billiger anbieten können. Sie haben gesehen, dass sich die Politik – wie beim Cross-Border-Leasing – in windigen Verträgen verfängt, dass Aufsichtsräte oder Verwaltungsräte ihre Kontrollfunktion häufig nicht erfüllen (können). Die Bürgerinnen und Bürger haben den Glauben in die Wirtschaft, in die Politik und auch in andere Organisationen verloren, meint Güllner. Die Wahlverweigerung, der Umstand, dass die Partei der Nichtwähler wächst und wächst, ist die Folge. Er sei darüber erschrocken, wie wenig offenbar die Bürgerinnen und Bürgern den Politikern vertrauen. Hier gelte es anzusetzen. Und das bedeutet für ihn: Die Politik muss sich wieder dafür einsetzen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, nur so ist langfristig eine Verbesserung der Glaubwürdigkeit zu erzielen.

Verena Blix, Behörde für Soziales, Familie,

Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg

Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot holen

"Wir brauchen die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen mit uns für bessere öffentliche Dienstleistungen kämpfen. Wir müssen deshalb zeigen, dass die Privaten diese Dienstleistungen eben nicht besser und billiger anbieten können, wie es immer wieder behauptet, aber nicht bewiesen wird. Wir müssen zeigen, welchen Nutzen, welche Lebensqualität mit einem funktionierenden öffentlichen Dienst verbunden ist. Die Interessen der Beschäftigten und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger decken sich – beide Seiten wollen gute öffentliche Dienstleistungen und leiden unter der chronischen Finanznot des Staates."



Staatliche Hilfe als Antibiotika für eine fiebernde Wirtschaft

Wirtschaftsweiser und BDI-Vertreter diskutieren über Mindestlohn, Opel und Daseinsvorsorge





Nein zu PPP: Denn solche Konstrukte kommen den Steuerzahler teuer...

Wenn es nach dem Wirtschaftsweisen Professor Peter Bofinger ginge, müsste Opel in die Insolvenz. "Das bedeutet nicht das Ende von Opel", sagt Bofinger bei der Podiumsdiskussion. Im Gegenteil: Mit der Insolvenz wäre Zeit gewonnen. Und der Einfluss des Mutterkonzerns General Motors wäre mit einem Schlag vom Tisch. Der Staat könne sich dann immer noch als Investor beteiligen.

Keynesianismus

Der Keynesianismus geht zurück auf den britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946), der Jahrzehnte lang die Politik beriet. Seine zentrale Botschaft: Das marktwirtschaftliche System tendiert auch bei flexiblen Preisen und Löhnen nicht automatisch zur Vollbeschäftigung. Vielmehr kann es auch langfristig in einem Zustand der Unterbeschäftigung verharren. Dann soll der Staat zu finanz- und geldpolitischen Mitteln greifen, um die Nachfrage anzuschieben. Eine weitere Einsicht ist, dass mikroökonomisch sinnvolle Verhaltensweisen im makroökonomischen Kontext völlig falsch sein können.

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage setzt sich aus dem privaten Konsum, den privaten Investitionen, den Exporten und der staatlichen Nachfrage zusammen. Einwänden, seine Theorie beziehe sich nur auf kurzfristig wirkende Maßnahmen, hielt er entgegen: "In the long run we are all dead." ("Langfristig gesehen sind wir alle tot.")

Niels Lau vom Bundesverband der Deutschen Industrie sieht das genauso. Und er schiebt hinterher: Die Opel-Misere sei nur bedingt eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Finanzkrise habe die Schwäche Opels nur zwei oder drei Jahre vorgezogen.

Es hätte kontrovers werden können, wird es aber nicht. Der Wirtschaftsweise bleibt sich treu, der Vertreter des Bundesverbandes der Industrie gibt sich indes geschmeidig. Ob um den Keynesianismus, um Steuererhöhungen, Daseinsvorsorge oder Mindestlohn diskutiert wird. Und manchmal geht es auch eher darum, keine klare Position zu beziehen. So, wenn BDI-Vertreter Lau davon spricht, es gehe nicht um einen Wettbewerb um die Daseinsvorsorge, sondern um einen Wettbewerb in der Daseinsvorsorge.

Rezept gegen die Krise

Für Bofinger ist die Marktwirtschaft "eigentlich sehr robust", kommt aber an ihre Grenzen. Dann nämlich, wenn Wirtschaft, Anleger und Verbraucher unter Schock stehen – wie es derzeit der Fall zu sein scheint. Dann müsse der Staat mit Hilfe der Fiskalpolitik stabilisieren. Staatliches Eingreifen als Antibiotika für eine fiebernde Wirtschaft. Ob diese Medizin wirkt, hängt nach Bofinger davon ab, ob die zum richtigen Zeitpunkt und in der richtigen Dosis

Dokumentation ver.di



verabreicht wurde und ob sie rechtzeitig auch wieder abgesetzt wird. Ob dies für Deutschland zutrifft? Bofinger ist skeptisch: Erst habe sich die Bundesregierung schwer getan mit der Diagnose, nun wird das Mittel zeitverzögert wirken.

Müssen die Steuern erhöht werden, damit sich der Staat bei all den Hilfen nicht kastriert?

Lau zögert, kommt dann aber zu dem Schluss: Es lohne sich darüber nachzudenken, ob Steuererhöhungen notwendig sind. Der BDI gehe aber davon aus, dass keine eklatante Erhöhung notwendig sei. Für Bofinger ist bei den Steuern noch Luft – bei der Vermögenssteuer zum Beispiel oder der Erbschaftssteuer. Auch bei der Einkommenssteuer sehe Deutschland im internationalen Vergleich gut da. Ergo: Es sind Erhöhungen möglich meinte Bofinger. Ein Problem sind für den Wirtschaftsweisen die Sozialabgaben. Hier sieht Bofinger die Unzufriedenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begründet.

Stichwort Mindestlohn

Auch bei der Frage des PPP ist Bofingers Position eindeutig: Wenn im Rahmen eines solchen Vertrages Private diese Aufgaben erledigen, kommt es den Steuerzahler teurer. Allein schon deshalb, weil Private am Finanzmarkt weit höhere Zinsen zahlen müssen als die öffentliche Hand. Hinzu kommt: Private wollen und müssen Gewinn machen. Und dann ist da noch die Zeitschiene. Da können Verträge noch so gut sein, noch so wasserdicht scheinen, innerhalb von 20 oder gar 30 Jahren passieren Dinge, die niemand absehen könne. Finger weg von PPP, heißt damit das Fazit. Lau kontert verhalten: Es fordert eine ideologiefreie und sachbezogene Debatte darüber, wer eine Leistung besser erbringen könne, die öffentliche Hand oder ein privates Unternehmen.

Bleibt noch das Stichwort Mindestlohn. Für Bofinger steht fest: Der Trend geht in diese Richtung. Und zwar eindeutig. Mit einem Mindestlohn könnte der Praxis ein Riegel vorgeschoben werden, Wettbewerb nicht über die bessere Logistik zum Beispiel auszutragen, sondern allein über die Löhne – also auf dem Rücken der Beschäftigten. Und was meint der BDI? Lau betont viel- wie nichtssagend: Das Thema bundesweiter Mindestlohn werde vom BDI ernsthaft geprüft. Es dürfe aber nicht dazu kommen, dass – und er nennt das Beispiel Post - Mindestlöhne dazu benutzt werden, Konkurrenz zurückzudrängen. Laus Bekenntnis: "Man muss von seiner Arbeit leben können" – wobei er einen Vollzeitjob meint. Aber er will die Diskussion bundesweit geführt wissen, "sonst mache ein Mindestlohn keinen Sinn".



ÖFFENTLICH IST WESENTLICH geht alle an

"Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ein sozialpolitisches Thema, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Dass öffentlich wesentlich ist, müssen wir in die gesamte Organisation tragen. Wir müssen um Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger werben. Es geht darum, unsere Familien, unsere Freunde, unsere Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, die Nachbarn und die Politik anzusprechen. Wir müssen uns positionieren und Unterstützer gewinnen. Privatisierung ist keine Alternative. Private sind eben nicht besser und billiger, sondern oft schlechter und teurer. Umsteuern ist überfällig."





... sind sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sicher.

Neue Balance von Staat und Markt

von Peter Bofinger

Mit der globalen Finanzkrise ist ein scheinbar kaum zu bremsender Siegszug des Marktes jäh gestoppt worden. Er hatte Anfang der achtziger Jahre mit Margaret Thatcher und Ronald Reagan begonnen. Zehn Jahre später kam er dann durch den Zusammenbruch des Ostblocks voll in Fahrt. Der Welthandel boomte, auf den Finanzmärkten wurden eindrucksvolle Renditen erzielt und für sehr viele Menschen stieg der Wohlstand. Je länger diese Entwicklungen andauerten, desto mehr wurde der Markt von Medien, Politikern und Experten zur Heilslehre verklärt. Das zentrale Dogma bestand darin, dass ein so weit wie möglich sich selbst überlassener Markt im Grund alle wirtschaftliche Probleme zu lösen in der Lage ist. Der Staat geriet dabei zunehmend in die Rolle eines Störenfrieds, der deshalb möglichst klein zu halten sei. Mit dem Ende der Ära Kohl konnte sich diese Lehre auch in der deutschen Wirtschaftspolitik immer stärker durchsetzen. Mehr als in den meisten anderen europäischen Ländern wurde der Staat in diesem Jahrzehnt zurückgedrängt. In Deutschland war die Staatsquote (also die Staatsausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung) im Jahr 1999 mit 48,2 Prozent genauso hoch wie im Durchschnitt des Euroraums (ohne Deutschland). Im Jahr 2008 lag diese Größe in Deutschland bei nur noch 43,9 Prozent, im Rest des Euroraums waren es durchschnittlich immerhin 47,3 Prozent.

Wenn sich Deutschland an der in seinen Nachbarländern vorherrschenden Staatsquote orientieren würde, stünden dem Staat heute jährlich rund 85 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Dass die mit der Entstaatlichung frei werdenden Mittel vor allem zur steuerlichen Entlas-

Sinkende Reallöhne

30 000
25 000
20 000
10 000
1970 1980 1990 2000 2008

tung höherer Einkommen und von Kapitalgesellschaften eingesetzt wurden, war ebenfalls Ausdruck einer ausgeprägten Marktgläubigkeit, wonach Menschen nur dann bereit sind, eine gute Leistung zu erbringen, wenn sie dafür sehr viel Geld bekommen. (...)

Man könnte erwarten, dass die Finanzmarktkrise zu einer grundlegenden neuen Sicht von Staat und Markt führt, bei der der Staat nicht mehr nur als ein Problem, sondern vielmehr als ein wichtiger Bestandteil der Problemlösungen angesehen wird. Bei der Diskussion über eine neue Finanzarchitektur ist dies durchaus zu beobachten.



Doch wenn man über den Bereich der Finanzmärkte hinausgeht, scheint sich an der allgemein negativen Einstellung gegenüber dem Staat nicht allzu viel geändert zu haben. Nach wie vor stehen Steuersenkungen hoch in der Gunst politischer Parteien, und mit der Schuldenbremse soll jetzt dem Staat für alle Zeit die Möglichkeit genommen werden, volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen über Kredite zu finanzieren. Die Bundeskanzlerin hat in der "Bild" vom 11. März 2009 explizit darauf verwiesen, dass man so schnell wie möglich wieder zum "alten Kurs" zurückkehren wolle. Die Finanzkrise erscheint so fast wie ein Betriebsunfall auf dem weiteren Weg zur Entstaatlichung. Als Helfer in der Not war Staat gerade gut genug, aber man ist froh, wenn man ihn bald wieder loswerden kann.

Mit einer solchen Sichtweise läuft man jedoch Gefahr, nur die Spitze des Eisberges wahrzunehmen und dabei die tiefer liegenden Probleme des Marktes zu übersehen. Seine selbstzerstörerischen Kräfte sind nicht nur im Bereich der Finanzmärkte am Werke gewesen. (...)

Wie könnte ein Kurswechsel aussehen? Wenn der Staat eine aktivere Rolle wahrnehmen soll, benötigt er finanzielle Ressourcen und Handlungskompetenzen. Der in diesem Jahrzehnt lange Zeit vorherrschende Prozess der Entstaatlichung muss daher so schnell wie möglich gestoppt werden. Dies erfordert vor allem, dass von weiteren Steuersenkungen Abstand genommen wird. Ohne eine angemessene Finanzausstattung wird es dem Staat nicht möglich sein, die Zukunft des Landes aktiv zu gestalten. Die für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gleicherma-Ben erforderlichen Bildungsinvestitionen können nur vom Staat geleistet werden. Dies gilt auch für Zukunftsinvestitionen im Bereich der Infrastruktur sowie für Forschung und Entwicklung. Deutschland liegt bei den Zukunftsinvestitionen weit unter dem Durchschnitt der EU-Länder. Die Defizite in diesen Feldern verdeutlichen zugleich,



wie gefährlich es ist, den Staat seiner Handlungskompetenzen zu berauben. Mit der Schuldenbremse will die große Koalition im Grundgesetz ein Verschuldungsverbot für die Länder und eine maximale Neuverschuldung des Bundes von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts festschreiben. Damit versperrt sie dem Staat die Möglichkeit, kreditfinanzierte Investitionen für zukünftige Generationen vorzunehmen. Aus der Perspektive einer schwäbischen Hausfrau mag das eine gute Politik sein, eine schwäbischen Unternehmerin aber würde kaum auf eine rentable Investition verzichten, nur weil sie dafür einen Kredit aufnehmen muss.

Mehr Handlungskompetenzen benötigt der Staat auch auf dem Arbeitsmarkt. In kaum einem anderen europäischen Land ist die Stellung des einzelnen Arbeitnehmers im Lohnfindungsprozess so schwach wie in Deutschland. Mit einem allgemeinen Mindestlohn kann der Staat dazu beitragen, dass Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich zumindest eine existenzsichernde Entlohnung erhalten. Wer dies als einen staatlichen Eingriff in den Marktpro-

zess ablehnt, hat nicht verstanden, was unter Wettbewerb gemeint ist. Es sollte dabei darum gehen, dass leistungsfähigere und innovativere Unternehmen erfolgreicher sind als andere. Es wäre falsch, wenn sich im Wettbewerb Unternehmen durchsetzen würden, die sich vor allem dadurch auszeichnen, die Löhne ihrer Arbeitnehmer besonders tief zu drücken.

Für die Bereitschaft der Bürger, dem Staat dauerhaft mehr Kompetenzen und Ressourcen zuzugestehen, kommt es entscheidend darauf an, dass die seit Jahren zu beobachtende Entfremdung der Bürger von ihrem Staat gestoppt wird. Eine faire Besteuerung der Bürger ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Auf diesem Feld gibt in Deutschland viel zu tun. Während Arbeitnehmer – vor allem durch die Sozialabgaben – deutlich stärker belastet werden als in vergleichbaren Ländern, hält sich der Staat bei der Besteuerung von Vermögen und Erbschaften vornehm zurück. (...)

Die Gefahr ist groß, dass es am Ende der Krise sehr viel mehr Arbeitslose und einen deutlich höheren öffentlichen Schuldenstand als heute geben wird. Es ist leicht zu prognostizieren, dass dann die aus den Jahren 2002 bis 2005 bekannten Rezepte wieder an die Oberfläche gespült werden: Lohnzurückhaltung durch Einschränkungen bei der Tarifautonomie, Abbau des Kündigungsschutzes, geringere Leistungen für Arbeitslose und Bezieher von Arbeitslosengeld II, Einsparungen beim Leistungskatalog der Krankenversicherung, Sparprogramme bei den öffentlichen Haushalten, die vor allem die Zukunftsausgaben treffen und Steuersenkungen für die Unternehmen. Es ist zu befürchten, dass der alte Kurs mindestens ebenso konsequent fortgesetzt wird wie vor der Krise. Für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft wäre dies ebenso gefährlich wie für die Demokratie. Die Marktwirtschaft kann sich auf Dauer nur dann behaupten, wenn sie für die Mehrzahl der Menschen eine spürbare Verbesserung der Lebensverhältnisse ermöglicht. Dies wird nicht gelingen ohne einen starken Staat, der durch hohe Zukunftsinvestitionen und robuste soziale Leitplanken dafür sorgt, dass auch die Interessen der zukünftigen Generationen wie auch der weniger leistungsfähigen Menschen Berücksichtigung finden. Die Finanzkrise mutet heute Arbeitnehmern und Unternehmern weltweit schmerzhafte Anpassungen zu. Wenn es gelänge,

als Lehre aus der Krise eine generell bessere Balance von Staat und Markt zu erreichen, wären diese Einschränkungen nicht ganz umsonst gewesen. Auszüge eines Beitrages von Peter Bofinger, veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau, Ausgabe 7. April 2009

Prof. Dr. Peter Bofinger

Ist der Markt noch zu retten? Warum wir jetzt einen starken Staat brauchen

Econ Verlag, 256 Seiten, 19,90 €



Für einen aktiven Sozialstaat

Nur Reiche können sich einen schlanken Staat leisten. Deshalb gehören hochwertige öffentliche Dienstleistungen, gleiche Zugangschancen für Bürgerinnen und Bürger sowie die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu einem aktiven Sozialstaat. Klar ist: Eine soziale Gesellschaft kann Dumpinglöhne, Ausbeutung und Ausgrenzung nicht dulden. Deshalb sind gute Arbeit und eine soziale Gesellschaft wichtige Bestandteile eines aktiven Sozialstaates.



Privat vor Staat – das war in den vergangenen Jahren die Devise schlechthin. Nicht nur in den Kommunal- und den Länderverwaltungen, sondern auch bei der Absicherung der Lebensrisiken wie Krankheit oder Alter. Und bei der Infrastruktur. Immer seltener wurde der Staat als Garant für die Daseinsvorsorge formuliert. Die Folgen wie Preissteigerung, Qualitätsmängel und schlechtere Arbeitsbedingungen sind inzwischen überall deutlich sichtbar: Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten, der sich auf ganze wenige Aufgaben zurückzieht und nahezu alles dem Spiel des Marktes überlässt. Die Rolle des Staates auf eine Lückenbüßerfunktion zu reduzieren, der in Krisenzeiten mit Milliarden Steuergeldern für Banken und Unternehmen einspringt oder soziale Leistungen für Arbeitnehmer/innen des Niedriglohnsektors zahlt, weil deren Einkommen nicht zum Leben reicht – diese Politik ist gescheitert! Die Verlierer einer solchen ruinösen neoliberalen Politik sind die Bürger/innen und die Arbeitnehmer/innen. Jetzt ist ein aktiver Sozialstaat notwendig, der dem Markt Grenzen setzt, eindeutige Regeln für Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen formuliert, der zur Aufgabenwahrnehmung für die öffentlichen Dienstleistungen ausreichend finanziell ausgestattet ist sowie die öffentliche Infrastruktur und die Interessen der Menschen vertritt.

"ÖFFENTLICH IST WESENTLICH" für gute Arbeit

Gute Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil einer sozialen Gesellschaft, ist wichtig für soziale Gerechtigkeit. Denn gute Arbeit beinhaltet Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, die die Stärken des Einzelnen fördern; gute Arbeit wird angemessen bezahlt, sichert umfassende Mitbestimmungsrechte und ermöglicht ein Familienleben. Eine soziale Gesellschaft toleriert weder Dumpinglöhne noch Löhne, von denen die Beschäftigten nicht

leben können. Mit dem Privatisierungsboom waren Tarifflucht sowie der Ausbau von Niedriglöhnen und Leiharbeit verbunden.

Deshalb soll durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns existenzsichernde Einkommen und ein Leben ohne Armut ermöglicht werden. Darüber hinaus könnten die bisher anfallenden staatlichen Kosten von 500 Millionen Euro pro Jahr für aufstockende soziale Leistungen für Arbeitnehmer/innen im Niedriglohnsektor gut anderweitig eingesetzt werden.

Bund, Länder und Kommunen sind aber auch selber Arbeitgeber. Nur Ignoranten versprechen sich gute Dienstleistungen bei schlechten Arbeitsbedingungen. Es muss sich auf die Qualität der Dienstleistung niederschlagen, wenn Zeitnot Alltag ist, wenn in einem Büro unterschiedlich lang gearbeitet werden muss – weil der Arbeitgeber für Beamte schlicht längere Arbeitszeiten verordnet hat.

Daseinsvorsorge muss Politikkonzept sein – ob es sich um Verkehrsinfrastruktur handelt, um Bildung, Gesundheits- und Altersvorsorge, um Kultur, um Natur, Energieoder Wasserversorgung. Daseinsvorsorge wird oft als Kostenfaktor gebrandmarkt, ist jedoch ein klarer Standortfaktor und damit ein wichtiges Element der Wirtschaftsförderung. Jeder Manager weiß: Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind leichter in lebenswerten Regionen mit viel Grün, guter Kinderbetreuung, guten Schulen und guter Verkehrsanbindung anzusiedeln. So wenig wie gute Arbeit und eine soziale Gesellschaft unabhängig voneinander existieren können, so sehr muss sich eine soziale Gesellschaft in allen Politikebenen spiegeln – und ergänzen: Kommunen, Länder und der Bund. Die Leitlinien einer sozialen Gesellschaft müssen bei allen dreien oben auf der Agenda stehen. Und was

Dokumentation



ist mit Europa? Je mehr Einfluss Europa hat, je mehr europäische Institutionen über das tägliche Leben der Menschen bestimmen, desto mehr muss auch die europäische Politik in dieses Orchester einbezogen werden. Europa muss damit aufhören, den Wettbewerb als Richtlinie für alle Lebenslagen zu sehen. Die europäische Politik muss sich zu sozialen Standards und zur Sozialpolitik bekennen.

ver.di macht sich dafür stark, dass das Sozialstaatsgebot in die europäische Verfassung aufgenommen wird. So wie in den Nationalstaaten dafür gesorgt werden muss, dass sich die Lebensverhältnisse in den einzelnen Regionen angleichen, so muss innerhalb Europas darauf hin gearbeitet werden, dass sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse angleichen. Und: Es darf keine Angleichung nach unten geben.

Ob Steuerverwaltung, Kinderbetreuung, Schulen, öffentliche Verkehrswege, Stadtarchiv, Wasserversorgung, Bibliotheken oder der Bürgerservice einer Stadt – es sind eben keine normale Dienstleistungen, die die öffentliche Hand vorhält. Bürgerinnen und Bürger sind eben keine normalen Kunden.

Öffentliche Dienstleistungen stellen einerseits sicher, dass auch Kultur, Parks und die Infrastruktur allen offen stehen – auch sozial Schwachen. Anderseits ist die öffentliche Hand mit ihren Dienstleistungen Garant dafür, dass sensible Daten nicht in grobe Hände kommen. Deshalb wird gerade in der öffentlichen Verwaltung Datenschutz groß geschrieben, deshalb sollen im Bürgerservice oder bei der Vollstreckung die Privaten keine Aufgaben übernehmen. Das Gleiche gilt für den Internet-Auftritt von Kommunen. Wenn wir es ernst meinen mit e-government und mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, dann werden über das Netz hochsensible Daten zwischen der Kommunalverwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern übermittelt. Wie soll vertrauensvoll übers Netz zwischen der Kommune und den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert werden, wenn sie gar nicht wissen können, an wen sie tatsächlich ihre E-Mail schreiben – an die Kommune oder an ein zwischengeschaltetes privates Unternehmen? Wo müssen deshalb die Weichen neu gestellt werden? Die Privatisierungswelle hat auch die Auswirkungen gezeigt. Die Kommunen, die auf Privatisierung setzten, verloren ihren politischen Einfluss – wie bei der Energieversorgung. Die Privatisierungswelle hat gezeigt: Privat ist eben nicht billiger und besser, denn die Beschäftigten bezahlten die Privatisierung mit Lohndumping und schlechteren Arbeitsbedingungen. Dass Kommunen inzwischen Dienstleistungen wieder zurückholen oder der Bund die Bundesdruckerei wieder in Eigenregie führt, beweist, dass vielen Orts hinter Privatisierungen inzwischen ein dickes Fragezeichen gesetzt wird. ver.di unterstützt dieses Zurückholen, das Rekommunalisieren von Dienstleistungen. Interkommunale Zusammenarbeit ist eine Alternative zur Privatisierung. Im Juni 2009 hat der Europäische Gerichtshof die Zusammenarbeit der Kommunen entsprechend gewürdigt und erleichert. Demnach müssen Kommunen den Auftrag nicht mehr ausschreiben, wenn sie sich für eine Zusammenarbeit entscheiden. (EuGH AZ: C-480/06).

"ÖFFENTLICH IST WESENTLICH" für eine soziale Gesellschaft

Ob uns dies gelingt, hängt auch damit zusammen, ob der öffentliche Dienst wieder die Wertschätzung erfährt, die er verdient. Der öffentliche Dienst ist Kitt und Spiegel der Gesellschaft. Im Angebot und Qualität seiner Dienstleistungen zeigt sich, wie ernst es die Gesellschaft meint, wenn sie von sozial spricht. Weil der öffentliche Dienst eine zentrale Rolle in der Gesellschaft einnimmt, muss Schluss mit dem ruinösen Ausverkauf sein und es darf nicht länger der Rotstift regieren.

Eine bessere Wertschätzung des öffentlichen Dienstes lässt sich nicht auf Knopfdruck erreichen. ver.di und die Beschäftigten, werden immer wieder zeigen müssen,

welche Rolle der öffentliche Dienst in der Gesellschaft einnimmt. Wir werden zeigen müssen, dass nichts geht ohne die Beschäftigten, ohne die Arbeit des öffentlichen Dienstes. Ohne die Müllabfuhr, ohne die Grünpflege, ohne die Wasserversorgung, ohne die Staatstheater, ohne erholsame Parks, ohne Erzieherinnen und Erzieher, ohne Sozialarbeiter, ohne die Beschäftigten des Finanzamtes und der Statistischen Ämter, ohne Bibliotheken, ohne Busse und Bahnen. Die Politik und die öffentlichen Dienste müssen sich an einem Modernisierungs- und Reformbegriff messen lassen, der neben der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit wieder das Gemeinwohl an die erste Stelle rückt. Modern ist was lang: Wenn das Gemeinwohl weiterentwickelt wird, wenn politisches Handeln den Menschen dient. Modern ist, was langfristig Sinn macht und nicht zu Lasten der Beschäftigten und guter Arbeit geht.

Renate Sternatz,

Leiterin des Fachbereichs Gemeinden Klaus Weber,

Leiter des Fachbereichs Bund/Länder

Andreas Spieker, Sächsisches Staatsministe-



Kontraproduktiver Stellenabbau geht weiter!

"Der Stellenabbau und die Neuorganisation der sächsischen Landesverwaltung treibt unsere Beschäftigten um. Weniger Stellen heißt immer: Die verbleibenden Beschäftigten müssen mehr arbeiten. Dabei sind an vielen Stellen die Arbeitszeiten der Beschäftigten inzwischen jenseits von Gut und Böse. Die psychische Belastung steigt und steigt. Je höher die Arbeitsbelastung ist, desto höher ist natürlich auch die Gefahr, dass sich Fehler einschleichen und die Qualität der Arbeit leidet. Erstaunlich ist dabei, dass die Motivation vieler Kolleginnen und Kollegen noch nicht nachgelassen hat."



Schlicht unterfinanziert

Oberhausen: Ausgliederungen kommen die Kommune teuer



Foto: Tourismus und Marketing Oberhausen

Rathaus der Stadt Oberhausen

Oberhausen steht finanziell nicht gut da: Die Stadt in Nordrhein-Westfalen zählt 217 000 Einwohner und damit pro Kopf exakt 7890 Euro Schulden. Oder anders ausgedrückt: 2009 hatte Oberhausen 1,71 Milliarden Euro Miese. Den Stadtoberen bereitet die Lage schon Sorge, aber sie beunruhigt nicht mehr – jedenfalls nicht mehr so wie vor 20 Jahren, als die Situation begann, sich zuzuspitzen. Seither haben sich die Chefs der Stadtverwaltung an einiges gewöhnt.

1985 war das Jahr des ersten Konsolidierungskonzepts. Damals klaffte ein Defizit von satten 50 Millionen Mark, also etwa 25 Millionen Euro. Seither steht der Stadt das Wasser permanent bis zum Hals. "Oberhausen lebt mit einem ständigen Konsolidierungsdruck", weiß Andre auf der Heiden, Personalrat in Oberhausen. 2008 wies der städtische Haushalt ein Loch von 150 Millionen Euro auf, 90 Millionen werden für Zinsen und Tilgung der Verbindlichkeiten gebraucht. Insgesamt hat die Stadt 1,6 Milliarden Euro Schulden.

1985 hatte Oberhausen eine klassische Kommunalverwaltung: 4500 Beschäftigte und einige Stellen, die unter ABM fielen, also öffentlich geförderte Beschäftigung.
2008 lag die Zahl der Beschäftigten bei etwa 2300 – als Folge von unzähligen Ausgliederungen. Denn mit Ausgliederungen versucht Oberhausen seit den 90er-Jahren, Personalkosten zu sparen: Inzwischen gibt es zum Beispiel die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, die Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH und Alteneinrichtungen Oberhausen GmbH.

Beispiel Wirtschaftsbetriebe Oberhausen (WBO): 1996 wird WBO als 100prozentige Tochter der Stadt gegründet, sechs Monate später sind die WBO ein klassisches

PPP-Projekt. WBO war zur Gründung zuständig für die Straßenreinigung, Abfallentsorgung, für die Friedhöfe, Kanäle, für die Gebäudereinigung, das Grün, den Fuhrpark, die Bäder und die Sportplatzanlagen. Als die WBO startete, hatte sie etwa 1500 Beschäftige, 2006 waren es noch 900, vor allem, weil die Gebäudereinigung weitgehend an Private vergeben wurde, 2007 noch etwa 370 als Folge von weiterer Umstrukturierung. Doch trotz (oder gerade wegen) der Ausgliederungen bleibt die Haushaltslage desolat. Seit 2006 steigt der Einfluss der Aufsichtsbehörden, sprich, es regiert zwar kein Sparkommissar, aber man hat das Gefühl, er sei schon da – bei Stellenwiederbesetzungen sowohl intern als auch extern, bei Beförderungen. Und externe Gutachter versuchen weiter, Einsparpotenziale aufzuspüren. Seit Ende 2007 gilt das neue Mitbestimmungsgesetz in Nordrhein-Westfalen. Seither darf der Personalrat bei Privatisierungen, bei Versetzungen nur bedingt und Befristungen nicht mehr mitbestimmen.

Aber auch der "gefühlte" Sparkommissar konnte die Situation Oberhausens nicht grundlegend ändern. Kein Wunder: Die Stadt ist strukturell unterfinanziert – und damit ist sie im Ruhrgebiet und im Bergischen Land nicht allein. Die Einführung des NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement) zeigte: Oberhausen ist die erste Stadt mit einem negativen Eigenkapital und damit nach dem Gesetz überschuldet. Das Fazit der Schuldenjahre: Die Ausgründungen haben die Finanzsituation nicht verbessert, sondern eher belastet. Mehrwertsteuer, Gewinnaufschläge, Overheadkosten sind hier die Stichworte. Die Politik kann kaum noch was entscheiden, jetzt haben die Aufsichtsräte das Sagen. Noch schlimmer: Da, wo Private im Boot sind, wurde auch die wirtschaftliche Führung abgegeben. Und: Neben den eigenen Fehlern liegt die Schuld an dem aufgelaufenen Defizit zum überwiegenden Teil beim Bund und beim Land. Klar scheint auch: Die Stadt wird aus eigener Kraft ihre Schulden nicht los. Dennoch wird sie weiter an den Rest Substanz gehen müssen. Neustes Beispiel: Keine Übernahme von Auszubildenden und keine Ausbildung im Verwaltungsbereich. Aber auch weiterer Stellenabbau verbunden mit erheblichen Einschnitten in die Infrastruktur wird die Folge sein. Schon jetzt sind Kürzungen im ÖPNV, bei der Kultur, bei der Gebäudewirtschaft beschlossen. Zwar sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen, aber wie lange noch?



"Es ging immer um Personalabbau"

Hauptpersonalrat fordert Erweiterung der Mitbestimmungsrechte

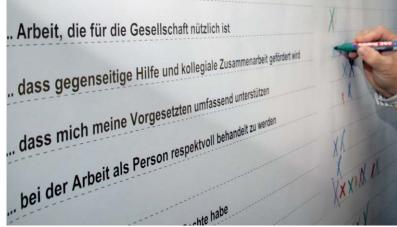
Der Preis für die Reform staatlicher Aufgaben und staatlichen Handelns war laut Horst Hartmann, Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Obersten Baubehörde Bayer, hoch: Sie kostete mindestens 600 000 Arbeitsplätze. Hartmann verweist auf eine Studie von Thomas Schulten und Torsten Brandt, wonach zwischen 1991 und 2006 die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um mehr als 2,1 Millionen zurückging. "Das war mehr als ein Drittel aller Stellen im öffentlichen Dienst", stellt er fest. Rund die Hälfte dieser Stellen entfielen, weil die Unternehmen, in denen diese Menschen arbeiteten, privatisiert wurden.

Nach all den Reformen, nach all den Begutachtungen der vergangenen Jahre zieht Hartmann eine nüchterne Bilanz: Bei den Reformen ging es nicht um echte Reformbemühungen mit einer Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik, sondern es ging darum, die Personalkosten zu senken.

Und Hartmann bedauert: Es fehlt im Personalvertretungsgesetz ein effektiver Schutz der Beschäftigten. "Umstrukturierungen, Privatisierungen oder Teilverlagerungen von Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes in privatwirtschaftliche Unternehmen lösen Probleme aus, die der Gestaltung durch Interessenvertretungen entzogen sind." Ein Personalvertretungsgesetz, das Personalräte erst im Nachgang zu politischen Entscheidungen einbezieht, greife zu kurz. Deshalb fordert er ein modernes, an den praktischen Erfordernissen angepasstes Personalvertretungsgesetz. Und das bedeutet: Gebraucht werden unter anderem uneingeschränkte Mitbestimmungsrechte beim Technikeinsatz, der Gestaltung von Arbeitsplätzen, der Ausgliederung operativer Aufgaben wie beim Straßenunterhaltungsdienst, bei der Einführung von Beurteilungssystemen. Dass aus Sicht der Personalräte vor allem die Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen im Vordergrund steht, liegt auf der Hand. Und, dort wo Mitbestimmungsrechte begrenzt sind, ist ein gemeinsames, engagiertes und politisches Handeln der Personalräte, Vertrauensleute und ver.di notwendig.

> Zwiegespräche, Gruppendebatten, Präsentation und Applaus: Was können ver.di, Personalräte und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dazu beitragen, dass öffentlich wieder wesentlich wird.







Kiel: Privatisierungen überdenken und umkehren

Ein ver.di-Positionspapier zur Daseinsvorsorge ruft dazu auf: Privatisierungen überdenken und umkehren. Weil die Privatisierung die Haushalte der Kommunen eben nicht nachhaltig entlastet, weil Private entgegen allen Behauptungen selten besser und nur dann billiger sind, wenn sie Dumpinglöhne bezahlen. Ob Kiel oder anderswo – die desolate Lage der kommunalen Haushalte ist die Folge einer verfehlten Steuerpolitik. Steuersenkungen für Unternehmen und eine Politik, die zulässt, dass hochprofitable Unternehmen kaum Steuern zahlen, haben dazu geführt, dass die Kommunen ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen können. Nachdem sie ihr Tafelsilber verkauft haben, setzen die Kommunen in ihrer Not auf Privatisierung von Betrieben der Daseinsvorsorge, heißt es in dem Positionspapier, das als Flyer auf Infoständen und bei Veranstaltungen verteilt wird. Und weiter: Eine verfehlte Steuerpolitik auf Bundes- und Europaebene, die die Konzerne entlastet, beschleunigt die finanzielle Aushungerung der öffentlichen Haushalte. Die Großkonzerne werden bewusst reich und der Staat arm gemacht. Die Einnahmenot der öffentlichen Haushalte erleichtert den sogenannten Global Playern, die Kommunalbetriebe aufzukaufen - betroffen sind der Mittelstand und Kleinbetriebe.

Tag des öffentlichen Dienstes

2002 hat die UN-Generalversammlung den 23. Juni zum Tag des öffentlichen Dienstes erklärt. Das Ziel: Die Mitgliedstaaten sollten motiviert werden, an diesem Tag besondere Aktionen zu starten. Diese Aktionen sollten zeigen, welchen Beitrag die Beschäftigten im öffentlichen Dienst überall auf der Welt bei der Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) leisten. Der Tag des öffentlichen Dienstes ist natürlich für die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Sektor wichtig, aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger. Denn die Bürgerinnen und Bürger sind von einer Vielzahl öffentlicher Dienstleistungen wie Gesundheitsdienste, Bildung, Wasser- und Stromversorgung abhängig, die von kommunalen und staatlichen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Die IÖD (Internationale Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes) und ihre Mitglieder haben an diesem "Tag des öffentlichen Dienstes" ebenfalls die Möglichkeit, auf ihre Kampagne für hochwertige öffentliche Dienste hinzuweisen.

Immer wieder für den öffen

Ohne den öffentlichen Dienst gäbe es keine Daseinsvorsorge, ohne den öffentlichen Dienst ist eine Kommunal-, Landes- oder Bundesverwaltung nicht denkbar. Der öffentliche Dienst sorgt für lebenswerte Städte, für saubere und sichere Straßen und Parks. Er kümmert sich darum, dass vor den Häusern der Müll abgeholt wird, Straßen befahrbar sind. die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wachen darüber, dass Gesetze eingehalten werden und sorgt dafür, dass zum Beispiel Lebensmittelpanscher zur Rechenschaft gezogen werden.

Ob in einer Großstadt oder auf dem Land – Daseinsvorsorge betrifft alle Bürgerinnen und Bürger, ob jung oder alt, arm oder reich. Und ganz klar: Je weniger Geld Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung haben, desto mehr sind sie auf staatliche Daseinsvorsorge angewiesen, nicht nur darauf, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes dafür sorgen, dass das Wasser aus der Leitung nicht versiegt und gesund ist oder dass das Abwasser geklärt wird. Gerade Menschen mit geringen Einkommen sind auf öffentliche Bildung, Kinderbetreuung und kulturelle Angebote angewiesen – auf öffentliche Bibliotheken, auf preiswerte und erschwingliche Theaterkarten. Im Gegensatz zu den Reichen können sie sich einen schlanken Staat nicht leisten. ver.di und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wissen, was der öffentliche Dienst leistet, welche Rolle er in einem Sozialstaat innehat. In der Gesellschaft aber wurde der öffentliche Dienst in den vergangenen Jahren nicht so wertgeschätzt, wie er es verdient. "Eine Lobby für den Staat" fordern inzwischen Wissenschaftler. ver.di und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wollen mit dem Arbeitsschwerpunkt "ÖFFENTLICH IST WESENTLICH" dazu beitragen, dass diese Lobby für den Staat wächst und einflussreich wird. Ein wichtiger Punkt dabei ist, den öffentlichen Dienst in

der Öffentlichkeit ins rechte Licht zu rücken, zu zeigen, was er tagein, tagaus leistet.

Vielfältige Möglichkeiten

Viele Kommunen sind schon engagiert dabei zu zeigen, was die Kommunalverwaltungen, die kommunalen Betriebe und die Beschäftigten der Ämter und der Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger auf die Beine stellen. So hat München die Aktion "Da sein für München" ins Leben gerufen. Dieser Aktionstag, an dem sich fast alle Bereiche der Kommunalverwaltung beteiligen, hat inzwischen schon Tradition. Die Bürgerinnen und Bürger honorieren das kommunale Engagement – auch indem immer mehr Menschen bei dem Aktionstag die Stände besuchen, sich informieren und unterhalten lassen. Dass dieser Aktionstag



tlichen Dienst werben

immer weitere Kreise zieht, dass immer mehr Städte dem Münchner Beispiel folgen, zeigt, dass die Bevölkerung mehr darüber wissen will, wer alles hinter den Angeboten zur Daseinsvorsorge steht und welche Aufgaben die Kommunen wahrnimmt.

Da sein für Augsburg – Da sein für uns – und mit uns, so heißt der Slogan, mit dem sich ver.di, die Beschäftigen der Stadt Augsburg und die kommunalen Gesellschaften den Bürgerinnen und Bürgern präsentieren.

Die Akteure werben für sich und für ihre Leistungen und hoffen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich für ihre kommunalen Einrichtungen einsetzen, damit diese nicht privatisiert werden. Damit die Beschäftigten der Kommunen und der kommunalen Einrichtungen auch für Augsburg und seine Bürgerinnen und Bürger da sein können.

In Uelzen lädt ver.di in Kürze zu einer Informationsveranstaltung. In Referaten gehen Experten auf die Rolle der Daseinsvorsorge ein, in Diskussionen werden die Positionen vertieft. Was sind die Folgen der Privatisierung? Wer zahlt die Zeche bei Konstrukten von Public Private Partnership (PPP)? Ist öffentlich tatsächlich billiger und besser? Das sind die Fragen, über die während dieser Tagung diskutiert wird. In Kiel wurde ein Flyer erstellt, der auf die Misere der öffentlichen Haushalte eingeht.

Europa, Bund, Länder und Kommunen

Ob Flyer, Veranstaltung oder Aktionstag – die Möglichkeiten sind vielfältig, mit denen Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft, die Kommunal –, Landesund Bundespolitik auf die Bedeutung der Daseinsvorsorge und des öffentlichen Bereiches aufmerksam gemacht werden kann. Die Aktionen haben gezeigt: Die Bürgerinnen und Bürger sind interessiert. Und wer weiß, was



er verliert, wenn privatisiert wird, kämpft für seine Einrichtung. Das hat zum Beispiel Leipzig gezeigt. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger der Stadtverwaltung die rote Karte gezeigt und die geplante Teil-Privatisierung vom Tisch gefegt. Oder Beispiel Freiburg: Die Bürgerinnen und Bürger kassierten per Bürgerentscheid den geplanten Verkauf der kommunalen Wohnungen. Eines aber muss klar sein: Mit einer Veranstaltung, mit einem Flugblatt oder mit einer Podiumsdiskussion ist es nicht getan. Wenn die Bürgerinnen und Bürger, wenn die Politiker/ -innen zum Umdenken bewogen werden sollen, dann muss sich ver.di auf allen politischen Ebenen einsetzen. Um erfolgreich zu sein, ist herauszuarbeiten auf welcher Ebene werden die jeweiligen Entscheidungen getroffen.

Erich Servatius, Staatliches Bauamt Schweinfurt

Wie sollen wir prüfen, wenn wir nicht planen?

"Nach wie vor geht es darum, immer mehr Aufträge an Private zu vergeben. Es ist politisch gewollt, den Vergabeanteil bei den Planungen weiter zu erhöhen. Das Personal leidet unter dieser Praxis. Denn wenn die Planungsaufgaben wegfallen, geht auch das Wissen um die Hintergründe der Planung verloren. Wie sollen wir dann prüfen? Mit dieser politischen Vorgabe schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Rekommunalisierung steht erst dann auf der Agenda, wenn ein Projekt schon dicht vor der Wand steht oder diese Wand sogar schon schrammt."

Leipzig: kommunal ist optimal

Als in Leipzig die Privatisierung der Stadtwerke drohte, machte ver.di mobil. Der Slogan: Kommunal ist optimal. Flyer, die an die Mülltonnen gehängt wurden, informierten über die Rolle und Bedeutung der Stadtwerke. Dass die Stadtwerke zum Beispiel knapp 900 mittelständische Arbeitsplätze sichern, allein durch ihre Investitionen. Sicher hätte die Stadt Leipzig mit der Teilprivatisierung, über die die Bürger abstimmen sollten, kurzfristig Millionen Euro in die Stadtkasse gebracht. Langfristig aber hätte die Stadt viel Geld verloren, das für Investitionen dringend gebraucht wird. Die Leipziger haben sich gegen die Teilprivatisierung entschieden.

Da sein für München

Es fing klein an, mit dem Aktionstag "Klar – Münchner Wasser". Das war 2001. Inzwischen heißt der Aktionstag "Da sein für München" und er hat einen festen Platz im Veranstaltungskalender der Stadt. 50 städtische Dienstleister, Beteiligungsgesellschaften und weitere Institutionen präsentieren das gesamte Dienstleistungsspektrum der Stadt München im Bereich Daseinsvorsorge. Der Aktionstag kommt bei den Münchnern so gut an, dass immer wieder Delegationen aus anderen Städten sich über "Da sein für München" informieren und den Aktionstag kopieren. Aber das ist auch das Ziel der Initiatoren: Möglichst viele andere Städte sollten sich mit ähnlichen Aktionen beteiligen. Denn nur so können "unsere Betriebe" vor Ausverkauf und Übernahme durch Global Players geschützt werden, sind sich die Kommunen wie die Beschäftigte sicher.

Put People First – der Mensch muss an erster Stelle stehen

Britische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes macht gegen Privatisierung mobil





Nur mit Grauen denkt Frank Hont von Unison an die Jahre 1980 bis 1990, die Jahre der Regierung der Eisernen Lady Margret Thatcher. Die Thatcher-Jahre stehen für Deregulierung und Privatisierung. Wer sich von New Labour und Tony Blair eine Kehrtwende dieser Politik versprochen hatte, wurde enttäuscht: New Labour setzte die Thatcher-Politik fort: Public Private Partnership (PPP), öffentlich-private Partnerschaften, wurden hoffähig. Weiter galt die Devise: Einsparungen durch Steigerung der Effizienz. Die öffentliche Hand führte Aufträge nicht mehr selbst aus, sondern gab sie an Private weiter. Flexibilisierung war zudem das große Stichwort, erzählt Frank Hont. Allerdings wurde Flexibilisierung von den Arbeitnehmern erwartet. Die Arbeitgeber blieben außen vor. Hont beschreibt vier Phasen der Privatisierung in Großbritannien: Zunächst wurden die lukrativen und profitablen Staatsbetriebe verkauft. Die Folge: Die neuen Eigentümer bauten Arbeitsplätze ab. Dann wurden generell Standards gesetzt – sowohl bei den Arbeitern als auch

Unison heißt die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes in Großbritannien. Unison hat 1,4 Millionen Mitglieder unter anderem in den Bereichen Kommunalverwaltung, Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser und Transport. Unison tritt wie ver.di für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung ein; die Beschäftigten sollen von ihrem Arbeitgeber mit Würde und Respekt behandelt werden.

bei den Angestellten. Von nun an gab es zweigeteilte Belegschaften, unterschiedliche Bezahlung und unterschiedliche Arbeitsbedingungen. Phase 3 beschreibt Hont mit der Einführung von PPP: Aufträge wurden in komplizierte Unterverträge aufgesplittet. Der Staat tritt nicht mehr als direkter Auftraggeber auf, sondern nur noch als Moderator. So ließen sich auch die sensiblen Bereiche privatisieren. In der vierten Phase wurden die verbliebenen Unternehmen dem Markt übergeben.

Welche Rolle spielte dabei PPP? Für

Hont ist die Antwort klar. PPP war der erste Schritt in die Liberalisierung einer öffentlichen Dienstleistung. PPP machte es möglich, dass sensible Bereiche wie Schulen, Bibliotheken oder Kliniken privatisiert wurden – verborgen hinter komplizierten und komplexen Vertragskonstrukten. Und was läuft schief bei PPP? Solche Konstrukte sind teuer, unflexibel und können sich aufgrund der langen Laufzeit Veränderungen nicht anpassen. Aber darauf kommt es offenbar nicht an, denn PPP ist oft nur der Einstieg in die Privatisierung. Die Folgen von Privatisierung liegen auf der Hand: Schlechte Arbeitsbedingungen und niedrigere Renten, weniger Ausbildung, eine zweigeteilte Gesellschaft.

Was hat Unison gegen diese Entwicklung gemacht? "Wir haben Kampagnen gestartet", erzählt Hont, die Bürgerinnen und Bürger informiert, vor Ort gegen weitere Privatisierungspläne mobil gemacht und gezeigt, dass es Alternativen zur Privatisierung gibt. Denn für Unision steht fest: Gerade die Wirtschaftskrise ist eine gute Zeit, für den öffentlichen Dienst und gegen Privatisierung zu kämpfen. "Put People First – der Mensch muss an erster Stelle stehen", nicht der Markt, nicht der Profit – mit diesem Slogan wirbt Unision gegen Privatisierung. Dabei hat Unison drei Hauptforderungen: Gute Arbeitsplätze, grüne Wirtschaft, und der Markt darf nicht länger Vorrang haben. "Wir müssen das Vertrauen in die öffentlichen Dienstleistungen wieder herstellen", betont Hont.

In Norwegen machen Modellregionen Schule

Gewerkschaft entwickelt Alternativen zur Privatisierung – Wohlfahrt ist Frage der Verteilung

Offensiver Neoliberalismus – so beschreibt Asbjorn Wahl von forvelferdsstaaten (Gewerkschaft der Kommunalbediensteten) aus Norwegen die Situation in seinem Heimatland in den 90er-Jahren. Privatisierungen und wettbewerbsorientierte Ausschreibungen waren gang und gäbe, die Gewerkschaften in der Defensive, die Menschen politikverdrossen und wahlmüde. Selbst die sozialdemokratische Minderheitsregierung nahm neoliberale Tendenzen auf und setzte umfassende Privatisierungsprojekte um. Dafür wurde sie bei der Wahl 2001 dann kräftig abgestraft und rutschte von 36 auf 24 Prozent. "Diese Situation brachte uns zum Umdenken", erzählt Wahl. Die neuen Ziele der Gewerkschaft lauteten nun unter anderem: Ende der Privatisierungspolitik und eine Veränderung des politischen Machtgleichgewichts. Die Gewerkschaft setzte dabei darauf, eigene Analysen der Gesellschaft zu erstellen, sie baute Bündnisse mit anderen Organisationen auf, entwickelte Alternativen zur Privatisierung und machte sich daran, die Gewerkschaften in unabhängige politische Akteure zu verwandeln. "Letzten Endes ist die Wohlfahrt eine Frage der Verteilung von Ressourcen in der Gesellschaft", stellt Wahl fest. Die Verteilung der Ressourcen in der Gesellschaft ist einen Frage der sozialen Macht. Die Kontrolle und der Besitz von Kapital oder Ressourcen bilden die Grundlage sozialer Macht.

1999 wurde die Kampagne für den Wohlfahrtsstaat ins Leben gerufen. 90 von 430 Kommunen schlossen sich der Aktion an. 2005 kam es zu einem breiten, unkonventionellen Bündnis in Oslo. Wie eine Alternative zur Privatisierung aussehen könnte, zeigten die Modellregionen: Hier gingen die Gewerkschaften in die Offensive. Keine Privatisierung, kein Wettbewerb, keine Entlassungen, dafür aber sollte die Qualität der öffentlichen Dienstleistung gesteigert werden. "Wir haben zudem eigene politische Forderungen entwickelt, wir hatten

nicht die Parteien, sondern deren Politik im Visier, und haben klare Alternativen aufgezeigt", so Wahl. Die Folge: Linksruck der Arbeiterpartei und eine Wahlsieg. Was wurde erreicht? Die Privatisierung der Eisenbahn wurde ebenso gestoppt wie die Privatisierung der Grundschulen. Das demontierte Arbeitsrecht wurde wiederhergestellt. Die Kommunen erhielten deutlich mehr Geld, und die Wasserkraft bleibt weiter unter nationaler Kontrolle. Dennoch stellt Wahl fest: "Wir haben wichtige Siege errungen, aber der Kampf geht weiter."

Claudia Nowak, Stadtverwaltung Salzgitter und Vorsitzende des Bundesfachbereichs-



Öffentliche Dienste schaffen Mehrwert

"Der Leidensdruck unter den Beschäftigten ist groß. Dabei geht es vor allem um die Arbeitsverdichtung. Die Beschäftigten leiden darunter, dass sie ihren Aufgaben kaum noch nachkommen, die Bürgerinnen und Bürger möglicherweise länger als nötig warten müssen. Deshalb müssen wir umsteuern: Wir dürfen die öffentliche Hand nicht leistungsunfähig sparen, wir dürfen sie nicht kaputt sparen. Bürgerinnen und Bürger und die Beschäftigten sitzen in einem Boot. Der öffentliche Dienst ist nicht nur mehr wert, als uns viele Politiker in den vergangenen Jahren weismachen wollten. Er schafft auch Mehrwert – nämlich für eine soziale Gesellschaft."



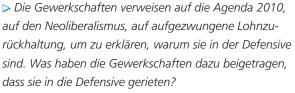


Defensive war gestern

Organisationsforscher Dörre: Viele Probleme sind hausgemacht – Gewerkschaften müssen wieder konfliktfreudiger werden

Das Interesse der Jugend an Gewerkschaften steigt. Für den Jenaer Soziologen Professor Klaus Dörre ist das ein Indiz dafür, dass die Chancen der Gewerkschaften, ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft zu stärken, so groß sind wie seit Jahren nicht mehr. Die Gewerkschaften müssen diese Chance ergreifen, indem sie stärker im Betrieb und in den Wohn-Quartieren präsent sind. Gewerkschaften müssen Antworten auf die Sinnfrage stellen, betont Dörre in einem Interview mit verdi.de. Und sie müssen ihre Arbeit

nach dem Motto ändern: Mehr Kampagnen- und weniger Gremienarbeit.



Dörre: Die allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen, der politische Druck sind mit Sicherheit ein Faktor, der dazu beigetragen hat, dass die Gewerkschaften in die Defensive geraten sind. Aber eine solche Krise ist nie gänzlich schicksalhaft. Auch hausgemachte Probleme haben dazu beigetragen, dass die Gewerkschaften immer mehr in diese defensive Situation kamen. Zum Beispiel der Umgang der Gewerkschaft mit prekärer Beschäftigung.

▶ Was meinen Sie damit?

Dörre: Viel zu lange haben Gewerkschaften prekäre Beschäftigung kritisiert – nur kritisiert. Sie haben es aber versäumt, diese Beschäftigten zu organisieren ...

...weil diese Beschäftigten kaum über die Betriebe zu organisieren sind?

Dörre: Dass viele prekäre Beschäftigte – ob nun Kleinselbstständige oder Leiharbeiter – mit den üblichen Mitteln nur schwer über die Betriebe organisiert werden können, spielte dabei eine große Rolle. Aber die Gewerkschaften hatten auch zu wenig die Frauen im Blick. Gewerkschaftliche Arbeit zielte lange Zeit vor allem auf den Mann in einem normalen Beschäftigungsverhältnis.



Professor Klaus Dörre

➤ Dass Gewerkschaften prekäre Beschäftigungen lange Jahre vernachlässigt haben, fiel ihnen in den vergangenen Jahren auf die Füße.

Dörre: So kann man es sehen. Neben den prekären Beschäftigungen und den Frauen haben die Gewerkschaften auch Meschen mit Migrationshintergrund vernachlässigt. Dabei stellen sie mit ca. 15 Millionen Frauen und Männern einen großen Teil der Bevölkerung. Vor einigen Jahren wussten die Gewerkschaften nicht, wie viele Migranten als Personal- oder Betriebsräte gewählt wor-

den waren. Hinzu kam: Die Gewerkschaften haben sich teilweise fast gescheut, Konflikte auch als Konflikte in den Betrieben auszutragen. Gleichzeitig war es alles andere als schick, sich als Gewerkschafter zu bekennen. Die Folge: Die Vertrauensleutearbeit, also die eigentliche Vertretung der Gewerkschaft in den Betrieben, schrumpfte zusammen.

➤ Gewerkschaften in den USA hatten schon vor der Krise einen bemerkenswerten Zulauf.

Dörre: Das hängt damit zusammen, dass einige Gewerkschaften dort uns in jüngster Zeit manches voraus haben. Wir sollten uns genauer anschauen, was dort passiert und warum das passiert. Sicher können deren Methoden nicht wie eine Blaupause auf deutsche Verhältnisse übertragen werden. Aber vieles sollte den Gewerkschaften hier zu denken geben.

➤ Zum Beispiel?

Dörre: Einige Gewerkschaften in den USA haben sich in den vergangenen Jahren sehr konfliktbereit gezeigt. Sie sind aktiv geworden, haben Strategien entwickelt, wie sie aus ihrer defensiven Lage herauskommen, und diese Strategien konsequent umgesetzt.

➤ In den USA entwickeln sich aber auch spezielle kleine Berufsgewerkschaften.

Dörre: Nicht nur in den USA, hier ist diese Entwicklung ähnlich. Berufsgruppen mit Primärmacht schließen sich in eigenen Organisationen zusammen, weil sie sich eigenständig bessere Abschlüsse erwarten – wie die Ärzte, die Lokführer, die Piloten. Dadurch wiederum erwächst ein Überbietungswettbewerb unter den Gewerkschaf-



ten. Die Leidtragenden sind die Berufsgruppen, die eben keine Primärmacht besitzen – wie all die prekär Beschäftigten. Bei ihnen droht gar ein Unterbietungswettbewerb, wie bei den Leiharbeitern zu beobachten war.

Was müssen die Gewerkschaften jetzt tun?

Dörre: Die Gewerkschaften müssen wieder mehr Präsenz zeigen. Einerseits im Betrieb – mit Hilfe des Organizing-Modell. Indem sie versuchen, die Wortführer in den Betrieben auf ihre Seite zu ziehen, in dem sie Konflikte in den Betrieben austragen, müssen die Gewerkschaften vor Ort wieder zur alten Stärke zurückkommen. Aber das allein reicht nicht – gerade weil die Betriebsstruktur in vielen Branchen nicht mehr trägt. Gewerkschaften müssen wieder im Alltag, bei den Alltagsproblemen, bei den Problemen im Viertel eine tragende Säule werden, sie müssen sich einmischen und Lösungen aufzeigen. Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, ist mehr als sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Gewerkschafter wollen und müssen Mitglied einer sozialen Bewegung sein. Die Menschen vor Ort wissen das. Und die Gewerkschaften müssen dieser Erkenntnis Rechnung tragen, dass Gewerkschaftsmitglied sein auch viel mit Lebenseinstellung zu tun hat. Letztendlich geht es um die Sinnfrage, die die Gewerkschaften beantworten müssen. > Organizing ist somit vor allem dazu da, Mitglieder zu

Dörre: Nein, das ist es nicht. Organizing ist eine politische Methode, die darauf abzielt, Beschäftigte zu animieren, sich einzumischen und auch bei Kampagnen mitzumachen. Dass es in Deutschland im Unterschied zu den USA Betriebs- und Personalräte gibt, muss nicht unbedingt die Sache beflügeln. Es kommt darauf an, ob die Betriebs- und Personalräte es als Unterstützung sehen, wenn sich die Basis regt oder als Bedrohung, als Einmischung, als Konkurrenz.

▶ Was muss sich in den Gewerkschaften ändern?

Dörre: Ich würde eine Zeitbudget-Analyse für gewerkschaftliche Funktionsträger vornehmen und fragen, wie viel Zeit er oder sie für die Arbeit nach außen verwenden und wie viel Zeit für die Arbeit nach innen. Ich befürchte, das Ergebnis wird sein, dass drei Viertel der Zeit für die Arbeit nach innen verwendet wird. Das ist ein grobes Missverhältnis. Es muss deshalb eine Art Kulturrevolution innerhalb der Gewerkschaften stattfinden mit dem Ergebnis, dass sich dieses Verhältnis umdreht. Das wiederum würde bewirken, dass weit mehr Kampagnen und Initiativen angestoßen werden könnten.

Hinzu kommt, dass die Gewerkschafter in ihren Positionen rotieren sollten. Damit der Ermattungseffekt weniger oft auftritt. Niemand kann 25 oder gar 30 Jahre mit der gleichen Emphase bei der Sache sein, jede Menge Fantasie entwickeln und für das jeweilige Projekt brennen. Wenn der Arbeitsschwerpunkt wechselt, gelingt das leichter. Die Kampagnenarbeit muss im Zentrum stehen und nicht die Gremienarbeit.

Derzeit stöhnen viele unter zu vielen Kampagnen.

Dörre: Die Gewerkschaften stoßen viele Kampagnen an, wobei viele dieser Kampagnen vor sich hindümpeln, weil sie nicht mit genügend Ressourcen ausgestattet werden – sowohl finanziell als auch personell. Kampagnen müssen zeitlich befristet sein und sie brauchen Ziele. Wenn man Kampagnen macht, dann muss man sie richtig machen, nicht halbherzig. Halbherzige Kampagnen haben keinen Erfolg, im Gegenteil sie sind – gerade für die Aktiven – frustrierend.

▶ Wie muss Partizipation künftig aussehen?

Dörre: Es geht nicht um Partizipation immer und überall. Denn Partizipation erfordert Qualifikation. Aber es geht den Mitgliedern darum, Einfluss auf die Entscheidungen auszuüben, die sie betreffen. Wer Partizipation als eine Art Spielwiese sieht, auf der sich die Mitglieder austoben sollen, der wird scheitern. Dazu wäre mir auch meine Zeit zu schade. Wenn es aber um die Tarifbelange geht – dann wollen die Leute mitreden, und sie wollen, dass sich ihre Anliegen niederschlagen.

➤ Wie groß ist die Bereitschaft, sich aktiv an Kampagnen oder Aktionen zu beteiligen?

Dörre: Die potenzielle Bereitschaft sich einzubringen, ist deutlich größer als allgemein angenommen. Diese Erfahrung machen auch regelmäßig die Betriebsgruppen. Es gibt ein großes ungenutztes Potenzial an Beschäftigten, die sehr wohl bereit sind, sich zu engagieren. Dieses Potenzial müssen die Gewerkschaften nutzen. Das geht leichter, wenn sich der Meinungsführer des Betriebes oder der Verwaltung – das muss was nicht der Betriebsoder Personalrat sein – sich hinter die Kampagne stellt. Während eines Konflikts sind in der Regel mehr Menschen bereit, sich einzubringen als in Routinephasen. Wichtig ist es deshalb, den Schwung einer Kampagne in die Routinephase mitzunehmen.

▶ Was würden sie den Gewerkschaften raten, was sie tun müssen?

Dörre: Sie müssen die Potenziale nutzen, die sich derzeit bieten. Sie müssen den Menschen zeigen, dass sie die besseren Antworten auf die Fragen haben, die sich infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben. Sie müssen sich wieder ein offensiveres, eigenes Profil geben. Sie müssen zudem wieder mehr bereit sein, Konflikte offen anzugehen und auszutragen. Und vor allem: Sie müssen den Kopf wieder höher tragen. Denn die Krise hat gezeigt, dass ihre Analyse und viele ihrer Vorschläge in den vergangenen Jahren richtig waren. Nun geht es darum, dieses Wissen zusammen mit den Beschäftigten in Politik umzusetzen.

Weitere Informationen im Internet:

- www.oeffentlich-ist-wesentlich.verdi.de
- www.bund-laender.verdi.de
- www.gemeinden.verdi.de



Bund und Länder Gemeinden Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

• • • • • • • • • • •